

EU Maßnahmen gegen Müll

Von Thomas Wagner

Verbot von Einweg Plastik

Was wurde verboten?

- Einwegbesteck aus Kunststoff (Gabeln, Messer, Löffel und Essstäbchen)
- Einweg-Plastikteller
- Strohhalme aus Plastik
- Wattestäbchen aus Kunststoff
- Haltestäbe für Luftballons
- Produkte aus oxo-abbaubaren Materialien wie Beutel oder Verpackungen und Fast-Food-Behälter aus expandiertem Polystyrol

Zusätzliche Maßnahmen:

EU Staaten müssen Kunststoffflaschen getrennt sammeln und der Gehalt an Recyclingkunststoff in Plastikflaschen soll bis 2030 auf 30% steigen. Zusätzlich sollen Tabak- und Fischernetz Hersteller mehr Verantwortung für den Müll übernehmen, welcher durch ihre Produkte ausgeht. Das heißt, dass sie die Kosten für den Müll übernehmen müssen.

Grund:

Mehr als 80% des Mülls im Meer ist Plastikmüll und 70% davon ist Müll, der in diesem Verbot verboten wird.

Recht auf Reparatur

Was soll es erreichen?

Es soll erreichen, dass Produkte schneller und günstiger reparierbar sind und dass Menschen auf ihr Recht zur Reparatur aufmerksam gemacht werden. Zusätzlich sollen Geräte auch nach Ablauf, der Garantiezeit reparierbar sein.

Grund für Gesetz:

In der EU werden jährlich 261 Mio. Tonnen an CO₂ Äquivalent durch vorzeitige Entsorgung erstellt, das sind um die 35 Mio. Tonnen an Müll und 30 Mio. Tonnen an Ressourcen, welche den Bürgern der EU 12 Mrd. Euro an Neuanschaffungskosten kosten.

Maßnahmen:

Produkte sollen so gebaut werden, dass eine Reparatur möglich ist und Hersteller dürfen den Reparaturprozess in keiner Weise behindern. Außerdem soll es genug Ersatzteile geben und jeder EU Staat muss Reparaturen durch einen Weg fördern, z.B. Subventionen. Dann sollen auch Geräte, welche in der Garantiezeit repariert wurden, ein zusätzliches Jahr an Garantie erhalten.

Was kann die EU noch machen?

Beispiel Ruanda:

Ruanda ist ein Land inmitten Afrikas, wo seit 2008 ein strenges Plastikverbot gilt. Die Strafen sind hohe Geldstrafen und Haft für einige Monate. Das Resultat ist, dass Ruanda eines der saubersten Länder Afrikas ist. Die Alternative zu Plastik ist Papier, obwohl es teurer ist.

Ruanda zeigt, dass ein Plastikverbot möglich ist und dass es sinnvoll ist. Leider schadet so ein Verbot aber auch der Wirtschaft.

Die saubere Hauptstadt Ruandas →



Geplantes EU Gesetz: Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Was werden die Maßnahmen des Gesetzes sein?

Viele gesundheitsschädliche und besorgniserregende Stoffe sollen nicht mehr in Verpackungen enthalten sein. Darunter werden auch Stoffe sein, die beim Recyclingprozess gesundheitsschädlich und/oder korrosiv werden. Dann sollen alle Verpackungen recyclingfähig sein und eine Kennzeichnung tragen, welche zeigt, wie recyclingfähig die Verpackung ist. Zusätzlich soll die Verpackung minimiert werden, das heißt, dass jeder unnötige Teil einer Verpackung weggelassen werden soll. Verpackungen, die dann diesen Regelungen nicht entsprechen, werden nicht verkauft werden dürfen, oder werden mit zusätzlichen Kosten sanktioniert.